

19. Wahlperiode

## Änderungsantrag

---

der AfD-Fraktion

zum dringlichen Antrag (Drucksache [19/0191](#)) der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Annahme einer EntschlieÙung „**Für Frieden in Europa!**“

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt gefasst:

### **Für Frieden und Völkerverständigung in Europa!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

---

Das Abgeordnetenhaus von Berlin verurteilt jede Form kriegerischer Intervention. Wir fordern alle Konfliktparteien auf, die Kriegshandlungen umgehend einzustellen.

Die Unverletzlichkeit der Grenzen souveräner Nationalstaaten ist ein Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur, der von niemandem zur Disposition gestellt werden darf. Dasselbe gilt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Jede Aggression, die den Krieg verschärft, lehnen wir ab.

Das Abgeordnetenhaus bittet die Bundesregierung, weiterhin auf Diplomatie und eine friedliche Lösung des Konflikts zu setzen. Eine Ausweitung des Krieges mitten in Europa, die zu unendlichem Leid der betroffenen Bevölkerung führen würde, muss unbedingt verhindert werden. Wir unterstützen die Position der Bundesregierung, keine Waffen in das Kriegsgebiet zu schicken.

### ***Begründung***

Das Ziel aller diplomatischen Anstrengungen muss die Verhinderung einer kriegerischen Auseinandersetzung auf europäischem Boden sein.

Berlin mit seiner bewegten Vergangenheit kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. In keiner anderen Stadt der Welt, lagen Krieg und Frieden über Jahrzehnte so nah beieinander und haben die Menschen so nachhaltig geprägt und sensibilisiert.

Dass Krieg in Europa nun wieder Realität geworden ist, erschreckt und macht deutlich, dass auch der für selbstverständlich gehaltene Frieden in Europa immer wieder den Einsatz aller hier lebenden Bürger braucht. Die diplomatischen Anstrengungen, die Gespräche und auch die Vermittlungsversuche dürfen nicht abreißen. Es muss alles unternommen werden, um eine humanitäre Katastrophe noch zu verhindern.

Berlin, den 24. Februar 2022

Dr. Brinker    Gläser    Dr. Bronson  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion